

Protokoll über die öffentliche Sitzung

des Gremiums: Beirat Blumenthal

am: 20.04.2015

**Ort: in der Aula des Schulzentrums Eggestedter Straße, Eggestedter Str. 20,
28779 Bremen**

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:53 Uhr

Sitzungsteilnehmer:

Ortsamtsleiter: Peter Nowack (Vorsitz)
Verwaltungsbeamtin: Heike Rohde (Protokoll)

Beiratsmitglieder:

Heiner Böcker
Peter Geis
Grete Klinkmüller
Gabriele Kröger-Schurr
Anke Krohne
Karen Nieschlag
Andreas Pfaff
Alex Schupp
Eike Schurr
Ralf Schwarz
Helma Stitz
Hans-Gerd Thormeier
Gisela Zimmermann

Es fehlten:

Nils Christahl, entschuldigt
Sascha Humpe, unentschuldigt
Dennis Klingenberg, entschuldigt

Gäste

Heike Binne, Quartiersmanagerin Lüssum
Monika Nowack, Bildungsbrücke Blumenthal
Ulrich Polkläsener, energiekonsens Bremen
Dr. Petra Kodré, Referatsleiterin bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Kevin Hamann, Leiter der Polizeiinspektion Bremen-Nord

Tagesordnung:

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19:05 Uhr) Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Sitzungen vom 26.02.2015 und vom 09.03.2015 sowie des Protokolls der nicht-öffentlichen Sitzung vom 26.02.2015
3. (19:10 Uhr) Mitteilungen
 - a. aus dem Ortsamt
 - b. des Beiratssprechers
4. (19:15 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
5. (19:20 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
 - a. Bürgerantrag: Lärm in der Ermlandstraße
6. (19:30 Uhr) Projekt „Bildungsbrücke Blumenthal“ – Evaluationsbericht
 dazu: Monika Nowack, Geschäftsführerin der Bildungsbrücke
 Heike Binne, Quartiersmanagerin Lüssum
7. (19:45 Uhr) „Taten statt Warten“ – Kurzvorstellung einer Hausmodernisierungskampagne für den Stadtteil
 dazu: Ulrich Polkläsener, Projektmanager Energiekonsens Bremen
8. (20:00 Uhr) Nutzung der Sporthalle an der Reepschlägerstraße als Notunterkunft für Flüchtlinge
 dazu: Dr. Petra Kodré von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
9. (20:30 Uhr) Kriminalstatistik 2014
 dazu: POR Kevin Hamann, Leiter der Polizeiinspektion Bremen-Nord
10. (21:30 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien
 - a. SPD – Antrag: Tanklager Farge muss zum Konversionsprojekt werden
 - b. CDU – Antrag: Für eine Geh- und Radwegeverbindung an der L149 zwischen Bremen-Rekum und Schwanewede-Neuenkirchen
 - c. Grüne – Antrag: Hortunterbringung Schule Helgenstraße
 - d. Grüne – Antrag: Öffnungszeiten Freibad
 - e. Grüne – Antrag: Strandhalle Blumenthal
 - f. SPD – Antrag: Erstellung eines Parkplatzes am Godenweg
11. (21:40 Uhr) Verschiedenes

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung

Herr Nowack begrüßt die Anwesenden und bittet um Genehmigung der Tagesordnung.

Herr Thormeier weist darauf hin, dass er einen Vertreter des Bauamtes vermisste, dessen Anwesenheit er kürzlich beantragt habe. Herr Nowack erklärt dazu, dass er den Behördenvertreter eingeladen habe, es diesem aber seitens des Staatsrates untersagt wurde, an der Beiratssitzung teilzunehmen. Zu dem zu behandelnden Thema hätten die schutzwürdigen Interessen eines Bauunternehmers Vorrang und seien nicht in der Öffentlichkeit zu behandeln. Herr Nowack macht deutlich, dass er zudem kein öffentliches Tribunal gegen einen Behördenleiter zulassen werde.

Frau Krohne meint, man könne die Angelegenheit auch in nicht-öffentlicher Sitzung behandeln.

Herr Nowack erklärt, der Antrag der CDU sei auch an die Presse gegangen.

Es wird vorgeschlagen, das Thema in Abstimmung mit dem Bauunternehmer in einer nicht-öffentlichen Beiratssitzung aufzuarbeiten.

Herr Schurr fragt, warum die Tagesordnung nicht geändert wurde, da laut einer Mail noch Änderungsanträge eingegangen seien. Herr Nowack erläutert, da die Änderungsanträge erst am heutigen Tag eingegangen seien, wurde die Tagesordnung nicht mehr geändert.

Es folgt die Abstimmung über die Tagesordnung.

Ergebnis:

11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Die Tagesordnung wird damit wie vorliegend abgearbeitet.

TOP 2: Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Sitzungen vom 26.02.2015 und vom 09.03.2015 sowie des Protokolls der nicht-öffentlichen Sitzung vom 26.02.2015

Frau Krohne beantragt, wie bereits per Mail mitgeteilt, die Abstimmung über die Protokolle auszusetzen, da diese spät versendet wurden. Zu einer Änderung in der angefügten Namensliste habe sie nicht extra einen Antrag stellen wollen.

Herr Nowack erklärt, die Protokolle seien rechtzeitig versendet worden. Ihm fehlen in der genannten Mail zudem genaue Angaben bezüglich gewünschter Änderungen. Wenn Änderungen gewollt werden, seien dazu differenzierte und präzise Angaben erforderlich.

Frau Krohne erhält ihren Antrag trotzdem aufrecht, da sie davon ausgeht, dass der Protokollant der deutschen Sprache mächtig sei und selber merken müsse, wenn in einem Satz ein Adjektiv fehle.

Herr Nowack rügt Frau Krohne für diese Äußerung.
Über den Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis:

3 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Der Antrag ist damit abgelehnt.

Über die vorliegenden Protokolle wird abgestimmt.

Ergebnis:

Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 26.02.2015:

10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen.

Protokoll der nicht-öffentlichen Sitzung vom 26.02.2015:

10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen.

Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 09.03.2015:

10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen.

Die Protokolle sind damit angenommen.

TOP 3: Mitteilungen

a. aus dem Ortsamt

b. des Beiratssprechers

3 a. Herr Nowack berichtet aus dem Ortsamt:

- Am 14. Januar wurde die Erschließung des BWK-Geländes für die Öffentlichkeit mit Grußworten von Wirtschaftssenator Martin Günthner und dem Chef der Wirtschaftsförderung GmbH, Andreas Heyer, freigegeben.
- Am 15. April wurde gemeinsam mit Umweltsenator Joachim Lohse ein erster Baum an der Lagerstraße in Reikum gepflanzt.
- Am 24. März hat der Senat beschlossen, dass Blumenthal sofort in das „Landesprogramm Städtebauförderung“ aufgenommen wird.
Bremen erhält mit 4,4 Millionen Euro deutlich mehr Geld als geplant vom Bund und es wird jetzt ein Entwicklungskonzept erarbeitet, in dem gemeinsam mit den lokalen Akteuren die wichtigen Maßnahmen zur „Revitalisierung der Ortskerns“ festgelegt werden.
- In der letzten Woche hat es eine erste Besprechung zur zukünftigen Heimat für das Ortsamt gegeben.
Zum Ende des Jahres wird das Rathaus geschlossen und nach einer Angebotsabfrage von Immobilien Bremen kristallisiert sich heraus, dass das Ortsamt in die Arkadengebäude Landrat-Christians-Str. 95 – 97 ziehen wird.

3 b. Keine

(Zeitgleich mit der Beiratssitzung findet die Beirätekonferenz statt.)

Herr Thormeier fragt, ob in den neuen Räumlichkeiten des Ortsamtes ein Sitzungszimmer für Koordinierungsausschusssitzungen vorhanden sein wird.

Herr Nowack erklärt, es sei ein Sitzungsraum für bis zu 12 Personen vorgesehen.

TOP 4: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

Herr Schurr hat eine Nachfrage zu den begonnenen Bauarbeiten am Busbahnhof. Dort sei mit einer Zuwegung zur NordWestBahn begonnen worden, für die lediglich ein Rollsplitweg gebaut wurde, der von gehbehinderten Personen oder Rollstuhlfahrern nicht genutzt werden könne. Er fragt, warum dies so sei und wie lange diese Zuwegung dienen solle.

Herr Nowack vermutet, da jetzt die Voraussetzungen für einen Ersatzbahnhof auf dem BWK-Gelände geschaffen werden, dass es sich um eine provisorische Zuwegung handelt. Eventuell erfolge aber gleich ein Ausbau, da nicht mehr abgewartet werden müsse, bis der private Bauunternehmer seine Tiefbauarbeiten fertig habe.

Herr Schurr meint, darum ginge es ihm nicht. Ihm gehe es schlicht darum, dass der Weg für gehbehinderte Menschen nicht zugänglich sei. Herr Schurr beantragt, dass der Weg geteert wird.

Herr Schwarz fragt, ob es sich um den Weg zwischen Bahnhof und Ersatzbahnhof handele, von dem mal gesagt wurde, dass er dauerhaft bleiben solle. Dann handele es sich jetzt eventuell nur um den Unterbau. Anderenfalls sollte der Beirat einen Vorratsbeschluss fassen, dass der Weg so hergerichtet werden müsse, dass er auch von Gehbehinderten genutzt werden könne.

Dem wird einstimmig zugestimmt.

TOP 5: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

a. Bürgerantrag: Lärm in der Ermlandstraße

a.

Der Antragsteller erläutert noch einmal mündlich seinen Antrag. Demnach gebe es in der Ermlandstraße Durchfahrtszeiten von LKW von 04.00 Uhr morgens bis 00.30 Uhr nachts. Auch der Zustand der Heidlerchenstraße sei schon gemeldet worden, bisher sei aber nichts passiert.

Herr Nowack bestätigt, dass die Situation unbefriedigend sei, es sich allerdings seit vielen Jahren schon um ein Gewerbegebiet handele.

Ein weiterer Antragsteller ergänzt, dass er seit 1959 in der Straße ansässig sei. Damals habe es sich um ein Wohngebiet gehandelt. Bei Einführung des Gewerbemischgebietes sei zugesagt worden, dass es sich um ein Gewerbegebiet der Klasse II mit besonderen Auflagen handeln würde. Die Anwohner bezweifeln, dass diese Auflagen erfüllt werden.

Um den Anwohnern zu helfen, schlägt Herr Nowack vor, die Rahmenbedingungen prüfen zu lassen und die Möglichkeit zur Erstellung eines Lärmgutachtens zu eruieren.

Diesem Vorschlag stimmen die Beiratsmitglieder einstimmig zu.

Mündliche Anträge:

Bürger A möchte wissen, ob zum Umzug des Ortsamtes eine Wirtschaftlichkeitsberechnung aufgestellt wurde. Wenn dem so sei, möchte er diese einsehen.

Herr Nowack erklärt, er werde dies in der Senatskanzlei nachfragen.

Bürger B möchte sich zu den Anträgen a. und b. des TOP 10 äußern.

Diese Anträge würden eine Kooperation mit Schwanewede beinhalten. Da beide Gemeinden betroffen sein, sollte sich jemand anderes mit Schwanewede in Verbindung setzen und man sollte gemeinsam mit Schwanewede etwas auf die Beine stellen. Das direkte Gespräch sei wichtig, damit keine Entscheidungen „am grünen Tisch“ entstünden.

Herr Nowack erläutert, dass mit dem Antrag a. nur neue Perspektiven entwickelt werden sollen. Es gebe bereits eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Senats, des Landkreises Osterholz und der Gemeinde Schwanewede. Mit dem Antrag solle erreicht werden, dass jetzt auch der Beirat Blumenthal einbezogen werde. Der Beirat könne sich mit seinen Anträgen nur an diejenigen wenden, an die er antragsberechtigt sei – dies seien der Senat und die senatorischen Behörden. Bürger B meint, man müsse sich unabhängig von anderen Personen zusammensetzen.

Herr Nowack macht noch einmal deutlich, dass der Betreiber des Tanklagers zu erklären hat, was er mit der Anlage machen wolle. Wenn die billigste Lösung gewählt werde, nämlich einen Zaun um das Gelände zu ziehen und dieses zu bewachen, läge dies nicht im Interesse Blumenthals. Blumenthal habe ein Interesse daran, dass die Anlage zurückgebaut werde und nicht wieder nutzbar sei. Was dann aber mit dem Gelände passiere, dabei müsse man sich – auch mit der Bürgerinitiative - einbringen und die Zukunft gemeinsam erörtern.

Bürger B appelliert noch einmal an eine direkte Zusammenarbeit.

Herr Thormeier meint, der Bürger greife einem Antrag der CDU vor. Auch die CDU wolle mit Schwanewede ein gemeinsames Nutzungskonzept ausarbeiten.

Herr Schurr erläutert, dass der Senat der Adressat sein müsse, da der Beirat keine Entscheidungsmacht habe. Der Verfahrensweg müsse genommen werden.

Herr Nowack bestätigt, dass es notwendig sei, formal darauf zu achten, dass Blumenthal beteiligt werde.

Herr Schwarz geht auf den Antrag b. ein und erklärt, zu dem Thema habe man im Vorfeld mit den CDU-Kollegen aus Schwanewede gesprochen. Auch er betont, dass jedoch der Verfahrensweg erforderlich sei, damit der Senat tätig werde. Der Antrag sei ein erster Schritt, sonst passiere gar nichts.

Herr Schupp ergänzt, dass der Gemeinderat Schwanewede und der Beirat Blumenthal unterschiedliche Funktionen hätten. In Blumenthal gehe alles nur über den Senat, die Gemeinde Schwanewede habe viel mehr Befugnisse.

Bürger C meint, der Beirat habe vor einigen Wochen Stellung bezogen zum geplanten Flüchtlingsheim in der Kapitän-Dallmann-Straße. Jetzt gebe es die Auskunft, dass das Gebäude verkauft worden sei. Bürger C fragt, was sich damit ändern werde.

Herr Nowack verweist auf TOP 8 und meint, Frau Dr. Kodré werde dazu etwas sagen können.

Bürger D erinnert noch einmal daran, dass der Bürgermeister-Dehnekamp-Weg unterhalb des ehemaligen Dewers-Geländes zugewachsen sei und bittet, dort saubermachen zu lassen.

Weiter möchte er wissen, ob auf dem erhöhten Deich (Bahrsplate) mit dem Fahrrad gefahren werden dürfe, da dort kein Schild stehen würde.

Herr Nowack erklärt, da es vom Radweg keine Überwegung geben würde, auf der Radfahren erlaubt sei, sei dies auch auf dem Deich verboten.

Bürgerin E fragt, ob bekannt sei, dass an Bushaltestellen im Beisein von Kindern mit Drogen gehandelt werde und diese bedroht werden, sollten sie etwas erzählen.

Herr Nowack bittet die Bürgerin, Herrn Hamann anzusprechen.

TOP 6: Projekt „Bildungsbrücke Blumenthal“ – Evaluationsbericht

**dazu: *Monika Nowack, Geschäftsführerin der Bildungsbrücke
Heike Binne, Quartiersmanagerin Lüssum***

Frau Binne berichtet, dass das Projekt „Bildungsbrücke“ im letzten Jahr durch einen Anstoß der evangelischen Friedensgemeinde im Ostertor auch in Blumenthal initiiert wurde. Die Bildungsbrücke ist eine Initiative von Bürgerinnen und Bürgern, in der Menschen aus allen Bereichen des Stadtteils engagiert sind. Nachdem im letzten Jahr finanzielle Mittel aus der Kindergeldstiftung in Höhe von 10.000 € jährlich für die Dauer von drei Jahren zugesagt wurden, erklärte sich auch der Beirat Blumenthal dazu bereit, die Anschubfinanzierung mit 5.000 € zu unterstützen. Daraufhin wurde die Bildungsbrücke Blumenthal am 12.06.2014 gegründet. Die Bildungsbrücke Blumenthal finanziert sich aus Spendengeldern der Deutschen Kindergeldstiftung, des Beirats Blumenthal, des Fördervereins Bürgerstiftung Blumenthal, der Kirchen, der Sparkasse Bremen, des Kraftwerks Farge (GDF Suez), von Bürgerinnen und Bürgern und durch Spenden aus Veranstaltungserlösen. Die Bildungsbrücke ist gegliedert in vier Gremien: Plenum, Öffentlichkeitsarbeit, Finanzen und Vertrauensrat. Der Vertrauensrat besteht aus 8 Personen, die den Datenschutz beachten und der Schweigepflicht unterliegen. Der Vertrauensrat berät und entscheidet über die eingegangenen Anträge. Die Familien werden vorab zuhause besucht und auch ein Bescheid wird persönlich durch ein Mitglied des Vertrauensrates der Familie übergeben. Der Vertrauensrat veranlasst auch die Höhe und Art der Auszahlung.

Frau Nowack erläutert die geschäftlichen Abläufe der Bildungsbrücke.

Die Höhe der Zuwendung ist gegliedert.

Pro Schuljahr gibt es maximal:

1. – 4. Klasse:

mit Blauer Karte 180,00 € / ohne 320,00 € (105 Anträge)

5. – 8. Klasse:

mit Blauer Karte 23,00 € / ohne 410,00 € (77 Anträge)

9. – 10. Klasse:

mit Blauer Karte 280,00 € / ohne 480,00 € (17 Anträge)

Sek. II:
mit Blauer Karte 320,00 € / ohne 520,00 € (6 Anträge)

Anträge liegen an allen Blumenthaler Schulen, Kitas und sozialen Einrichtungen aus. Ebenso sind sie auf der Internetseite des Fördervereins Bürgerstiftung Blumenthal abrufbar. Ausgefüllte Anträge können auf Wunsch über das Ortsamt weitergeleitet oder direkt dorthin geschickt werden.

Im Jahr 2015 sind für 224 Kinder aus 124 Familien Anträge eingegangen. Davon sind 190 Familien im Besitz der Blauen Karte. Einige Anträge mussten abgelehnt werden, weil die Voraussetzungen nicht erfüllt waren – die Kinder sind noch nicht oder nicht mehr schulpflichtig oder nicht in Blumenthal wohnhaft.

Nach Erledigung aller Anträge werden 47.990 € an die Familien ausgezahlt.

Abschließend bedanken sich Frau Binne und Frau Nowack bei dem Blumenthaler Beirat für sein Engagement und appellieren an die Anwesenden, die Bildungsbrücke weiter zu unterstützen.

Bürgerin E fragt, ob auch für behinderte Kinder, die in anderen Stadtteilen beschult werden, Anträge gestellt werden können.

Dies wird bejaht, Voraussetzung ist der Wohnsitz Blumenthal.

Herr Nowack teilt mit, dass der Rekumer Schifferchor angekündigt hat, dass ein Teil des Erlöses des diesjährigen Wohltätigkeitskonzertes in die Bildungsbrücke fließen soll.

TOP 7: „Taten statt Warten“ – Kurzvorstellung einer Hausmodernisierungskampagne für den Stadtteil

dazu: Ulrich Polkläsener, Projektmanager energiekonsens Bremen

Einleitend erklärt Herr Polkläsener, dass es sich bei dem „energiekonsens Bremen“ um eine gemeinnützige Klimaschutz- und Energieagentur im Land Bremen handelt, die nicht „marketing-technisch“ unterwegs sei. Sie ist Ansprechpartner für Kommune, Unternehmen und Bürger.

Im Rahmen von „Bremer modernisieren“ findet vom 13. April bis 15. Juni 2015 eine Stadtteilkampagne in Blumenthal statt, während der diverse Veranstaltungen zum Thema Energieeinsparen im Gebäudebestand angeboten werden.

Anhand einer Power-Point-Präsentation (*Anlage zum Protokoll*) erläutert Herr Polkläsener die Zielsetzungen des Projekts.

Auf Nachfrage von Schwarz erklärt Herr Polkläsener, dass der gesamte Beratungsbereich und die empfohlenen Berater und Handwerker Demag-zertifiziert seien. Die Referenzen würden laufend abgefragt werden, die Energieexperten sind zudem angehalten, jährlich konkrete Referenzen vorzulegen. Zusätzlich sind Weiterbildungsmaßnahmen erforderlich.

Auf Nachfrage aus dem Publikum ergänzt Herr Polkläsener, dass man sich mit dem Projekt auch an Bauträger, jedoch nicht explizit an Immobilien Bremen gewandt habe, bei denen es jedoch unterschiedliche Interessenlagen gebe, die mit hohen Investitionssummen verbunden seien.

Abschließend weist Herr Polkläsener auf die nächsten Veranstaltungen im Rahmen des Projekts hin: Montag, 27.04.2015 um 19.00 Uhr im Schulzentrum Eggestedter Straße und Montag, 11.05.2015 um 19.00 Uhr im Gemeindesaal Bockhorn.

Herr Nowack bedankt sich bei Herrn Polkläsener für dessen Ausführungen und beendet den Tagesordnungspunkt.

TOP 8: Nutzung der Sporthalle an der Reepschlägerstraße als Notunterkunft für Flüchtlinge

dazu: Dr. Petra Kodré von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen (SKJF)

Herr Schurr bittet um die protokollarische Randnotiz, dass weitere Bürger nicht die Chance gehabt hätten, sich zum TOP 7 zu melden.

Herr Nowack erklärt, er habe keine weiteren Wortmeldungen wahrgenommen.

Daraufhin gibt es einige Zwischenrufe aus den Reihen der Bürgerinnen und Bürger. Herr Nowack stellt fest, dass diese inhaltlich nicht zum Thema „Energieberatung“ passen würden und fordert die Rufer auf, die Zwischenrufe zu beenden.

Vorab berichtet Frau Dr. Kodré, dass es bei dem Gebäude Kapitän-Dallmann-Straße einen Eigentümerwechsel gegeben habe. Der Mietvertrag wurde deshalb angepasst und soll in der nächsten Woche unterschrieben werden.

Anhand einer Power-Point-Präsentation (*Anlage zum Protokoll*) stellt Frau Dr. Kodré die neue Bedarfsplanung auf Grundlage neuer Flüchtlingszahlen vor.

Als aktuelle Notmaßnahme ist geplant, sowohl die Turnhalle als auch das Verwaltungsgebäude in der Reepschläger Straße als Notunterkünfte herzurichten. Da es den Menschen in Notunterkünften nicht möglich ist, selber zu kochen, soll das Essen angeliefert werden. Nebenräume und Sanitäranlagen sollen in noch aufzustellenden Containern vorhanden sein.

Ab Ferienbeginn soll das Verwaltungsgebäude genutzt werden, um im Gegenzug die Turnhalle wieder für die Vereine freizumachen. Obwohl die Schule komplett aufgegeben wird, steht die Turnhalle aufgrund der Nutzung durch SKJF den Sportvereinen für weitere drei Jahre zur Verfügung. Die Behörde behält sich jedoch vor, in aktuellen Notlagen auf die Turnhalle als Notunterkunft zurückgreifen zu können. Dafür soll eine dauerhafte Nutzung beantragt werden. Das Vorgehen wurde mit dem Landessportbund als Vertreter für die Vereine abgestimmt.

Die Unterbringung in der Reepschläger Straße ist als Vorphase für das Übergangwohnheim in der Kapitän-Dallmann-Straße zu verstehen, sobald dieses fertig ist, sollen die Menschen gesammelt dorthin umziehen.

Herr Schwarz hat eine generelle Frage. Ständig würden Notunterkünfte fehlen oder eingerichtet und wieder abgebaut werden. Er fragt, ob es keinen Plan gebe, auf einem größeren Gelände eine ständige Unterkunft einzurichten.

Herr Thormeier möchte wissen, ob eine längerfristige Nutzung auch bedeute, dass bauliche Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Frau Dr. Kodré meint, auch die Behörde würde sich einen „großen Schlag“ im Sinne einer Zentralen Aufnahmestelle wünschen. Obwohl man inzwischen in größeren Dimensionen denken müsse, wolle man aber nach wie vor keine riesengroße Einrichtung. Sie bezweifelt, dass ein Beirat einer Einrichtung mit 500 Plätzen zustimmen würde. Baumaßnahmen seien geplant, aber nicht in dem Umfang, dass ein Übergangwohnheim daraus werde.

Herr Schurr zeigt sich genervt von der Informationspolitik der Behörde, die er als „Salamitaktik“ bezeichnet. Die Bevölkerung sei schon pro Flüchtlinge, aber von der Salamitaktik sollte man wegkommen und die Zahlen gleich größer ansetzen.

Herr Schwarz meint, man suche permanent nach Notlösungen. Der Versuch, die Menschen nach kurzer Verweildauer in Übergangwohnheimen in Wohnungen unterzubringen, werde bald nicht mehr funktionieren. Er möchte wissen, inwieweit SKJF in Kontakt zum Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) stehe und inwieweit die Möglichkeit da ist, jedes Jahr 1000 Wohnungen auf Kosten der Stadt zu bauen. Aufgrund des eingeschränkten Angebots an günstigen Wohnungen hätten Jugendliche bald keine Chance mehr, eigene Wohnungen zu beziehen.

Frau Dr. Kodré erklärt die „Salamitaktik“ damit, dass in den ersten Planungsvorstellungen andere Zahlen bekannt gewesen seien. Wo jetzt groß geplant werden könne, werde dies auch getan. Es sei aber nicht möglich, einen Masterplan aufzustellen, man müsse immer nach konkreten Objekten suchen und einen Schritt nach dem anderen machen. Zur Unterbringung in Wohnung bestätigt sie, dass die Lösung nur darin liegen könne, dass genügend Wohnraum vorhanden sei. Dahinter stehe allerdings die Frage, ob genügend Geld vorhanden ist. Für mögliche Grundstücke sei man durchaus auf Investorensuche und stehe dabei in engem Austausch mit SUBV.

Herr Schwarz meint, dass inzwischen von Flüchtlingszahlen in einer Größe der Einwohnerzahl einer Gemeinde wie Farge ausgegangen werden könne, stehe man vor dem Kollaps, wenn Planungen für neue Wohnungen erst in zwei oder drei Jahren umgesetzt werden würden.

Frau Dr. Kodré bestätigt, dass Planungen lange dauern und man deswegen jetzt anfangen, damit in zwei Jahren Wohnung da sind.

Herr Nowack ergänzt, dass über die Quote für den sozialen Wohnungsbau bereits breit diskutiert wurde. Er bedauert, dass Unternehmen viel dafür tun würden, unterhalb der Quote zu bleiben.

Herr Schupp hat eine „ketzerische“ Frage. Den Zwischenrufen zu Beginn des TOPs war zu entnehmen, dass in der Turnerstraße viele Häuser zu verkaufen seien. Er fragt, ob nicht die Möglichkeit bestehe, diese Häuser von der Stadt aufkaufen zu lassen und als Wohnraum für Flüchtlinge zu nutzen.

Frau Dr. Kodré meint, da müsse man sich eher auf den Markt verlassen. Wenn Bremen selbst kleine Einheiten aufkaufen würde, käme ein hoher Verwaltungsaufwand aufgrund von

Renovierungen und Vermieterkosten auf die Stadt zu. Immobilien Bremen sei dafür nicht aufgestellt. Eventuell sei für so etwas ein Bauträger denkbar.

Herr Schwarz glaubt, dass die Bauindustrie sicherlich mehr sozialen Wohnungsbau aufstellen würde, wenn Bremen nicht so hohe Anforderungen stellen würde, dass die Umsetzung nicht mehr wirtschaftliche sei. Für Bauunternehmer rechne sich das nicht.

Herr Thormeier wendet sich an Frau Dr. Kodré und meint, sie habe noch gar kein Votum des Beirats eingefordert.

Frau Dr. Kodré erklärt, deswegen sei sie da.

Herr Nowack fragt den Beirat, ob nun der Antrag gestellt werden könne, der Einrichtung einer Notunterkunft in der Reepschläger Straße zuzustimmen.

Frau Kröger-Schurr meint, darüber könne Herr Nowack nicht so einfach abstimmen lassen, da dies nicht auf der Einladung und Tagesordnung der Sitzung stehen würde.

Herr Nowack meint, das wäre auf einer Koordinierungsausschusssitzung doch besprochen worden.

Frau Krohne erklärt, das würde nicht stimmen.

Herr Schurr stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Sitzungsunterbrechung, um im Protokoll der Koordinierungsausschusssitzung nachlesen zu können.

Es gibt keine Gegenrede. Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.

Nach Wieder-Aufnahme der Sitzung erläutert Frau Dr. Kodré noch die Betreuungsschlüssel für eine Notunterkunft (4 Sozialarbeiter für 100 Personen) und ein Übergangwohnheim (2,5 Sozialarbeiter für 100 Personen). Sie betont, dass es wichtig sei, das Objekt schnell umsetzen zu können, um ein bestehendes Loch abdecken zu können. Unter den Flüchtlingen gebe es keine Probleme, diese seien dankbar und voller Verständnis auch für Umzüge. Sie berichtet kurz von ihren Kontakten zu den Menschen, der natürlich etwas anderes sei, als nur die nackten Zahlen zu sehen. Sie bittet die Beiratsmitglieder dringend um Zustimmung.

Herr Thormeier signalisiert grundsätzliche Zustimmung und appelliert an die Beiratsmitglieder und seine Fraktion, der Einrichtung einer Notunterkunft in der Reepschläger Straße zuzustimmen. Er bittet Frau Dr. Kodré jedoch mitzunehmen, dass man vorsichtiger sein möge, wenn mit Zahlen in die Öffentlichkeit gegangen werde. Wenn die Behörde mit einem heiklen Thema komme, müsse mit maximaler Transparenz gearbeitet werden.

Herr Nowack berichtet, im Buten-und-Binnen-Magazin habe Herr Dr. Schneider von SKJF deutlich gesagt, dass man keine Zahlen nennen werde. Zu dem Zeitpunkt, als die Zahlen in den Medien aufgetaucht sind, wäre nur die Turnhalle Diskussionspunkt gewesen, das Verwaltungsgebäude war noch nicht im Gespräch.

Herr Geis stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, über den Beschluss des Beirats zur Zustimmung einer Einrichtung einer Notunterkunft in der Reepschläger Straße abzustimmen. Über den Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis:

11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Geschäftsordnungsantrag ist damit angenommen.

Über den Beschlussvorschlag „Der Beirat Blumenthal stimmt der Einrichtung einer Notunterkunft für Flüchtlinge in der Reepschläger Straße zu“ wird abgestimmt.

Ergebnis:

13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Dem Beschlussvorschlag wird damit zugestimmt.

TOP 9: Kriminalstatistik 2014

dazu: POR Kevin Hamann, Leiter der Polizeiinspektion Bremen-Nord

Einleitend erklärt Herr Hamann, dass die durchschnittliche Kriminalitätsbelastung in Bezug auf die Wohnbevölkerung unter der durchschnittlichen Belastung der gesamten Stadtgemeinde und damit auf dem niedrigsten Niveau der letzten 5 Jahre liegt.

Er gibt aber auch zu bedenken, dass die objektive Kriminalitätslage nicht immer in Einklang zu bringen ist mit dem Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Er macht deutlich, dass der Polizei sehr bewusst ist, dass hinter einem Fall oft auch mehr als ein Opfer steht. Die Polizei werde deshalb nicht nachlassen in ihren Bemühungen, Straftaten zu verhindern oder aufzuklären.

Anhand einer Power-Point-Präsentation (*Anlage zum Protokoll*) stellt Herr Hamann die einzelnen Zahlen zu verschiedenen Straftaten vor.

Es folgt eine kurze Diskussion, in der einzelne Fragen beantwortet werden. Auf Nachfrage von Herrn Schwarz bestätigt Herr Hamann, dass er bereits mit Bürgerin E bezüglich der Drogenfrage gesprochen habe.

Auf die Frage von Herrn Schwarz, ob sich der Personalschlüssel zwischenzeitlich geändert habe, verneint Herr Hamann. Der Personalschlüssel sei gleich geblieben.

Frau Klinkmüller möchte wissen, ob es einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für den in Kürze ausscheidenden Kontaktpolizisten in Farge geben werde.

Herr Hamann bejaht dies, verweist aber auf noch zu beendende Formalien.

Herr Thormeier wendet sich an den Ortsamtsleiter und erklärt, dass die CDU eigentlich mal einen Jugendrichter oder Staatsanwalt in einer Beiratssitzung sehen wollte, der das Prozedere von der Festsetzung bis zum Urteil erklären könne.

Herr Nowack weiß, dass dies schon lange gewünscht wird, verweist allerdings auf die in letzter Zeit wichtigen Themen, die zu besprechen waren. Er meint, eventuell wäre eine Behandlung des Themas in der Mai-Sitzung möglich.

Aufgrund langer Themenlisten möchte Herr Schurr dem neuen Beirat vorschlagen, dass dieser in seine Geschäftsordnung aufnehme, dass einer „Wunschliste“ des Ortsamtsleiters nicht so viel Gewicht beigemessen werde wie Beschlüssen von Beiratsmitgliedern.

Herr Nowack und die Beiratsmitglieder danken Herrn Hamann für seinen Vortrag und sprechen ihm und seinen Kolleginnen und Kollegen Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Herr Nowack bittet darum, den Dank weiterzugeben.

TOP 10: Anfragen und Anträge der Parteien

- a. **SPD – Antrag: Tanklager Farge muss zum Konversionsprojekt werden**
- b. **CDU – Antrag: Für eine Geh- und Radwegeverbindung an der L149 zwischen Bremen-Rekum und Schwanewede-Neuenkirchen**
- c. **Grüne – Antrag: Hortunterbringung Schule Helgenstraße**
- d. **Grüne – Antrag: Öffnungszeiten Freibad**
- e. **Grüne – Antrag: Strandhalle Blumenthal**
- f. **SPD – Antrag: Erstellung eines Parkplatzes am Godenweg**

Herr Thormeier stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Tagesordnungspunkt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit in die nächste Beiratssitzung zu vertagen.

Es gibt keine Gegenrede.

Dem Antrag wird damit entsprochen.

TOP 11: Verschiedenes

Herr Nowack gibt folgende Termine bekannt:

21.04.2015 – 16.00 Uhr Stadtteilgruppe Lüssum im Haus der Zukunft

25.04.2015 – 11.00 Uhr Eröffnung der neuen Recycling-Station Am Knick

27.04.2015 - 18.30 Uhr öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kinder- und Jugendangelegenheiten in der Aula der Grundschule Rönnebeck an der Hechelstraße zum Thema „Zukunft des Horthauses“

28.04.2015 - 18.30 Uhr öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Umwelt und Stadtentwicklung in der Mensa der Oberschule Lehmhorster Straße zum Thema „VEP 57 – Aldi-Markt Schwaneweder Str.“

05.05.2015 - 17.00 Uhr Quartiersrat Blumenthal im Quartierstreff Kapitän-Dallmann-Str. 18

10.05.2015 - 08.00 - 18.00 Uhr Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft und zum Beirat Blumenthal

11.05.2015 - 19.00 Uhr Öffentliche Beiratssitzung im SZ Eggestedter Straße. Themen u.a.
„Globalmittelvergabe 1. Rate“

Herr Nowack beendet die Sitzung um 21.53 Uhr.

gez. Nowack

Vorsitzender

gez. Geis

Beirat ((Herr Geis)

gez. Rohde

Protokoll

Anlagen:

Power-Point-Präsentation „Taten statt Warten“

Power-Point-Präsentation „Reepschläger Straße“

Power-Point-Präsentation „Kriminalstatistik 2014“



Vorstellung Stadtteilkampagne zur Hausmodernisierung „Taten statt Warten“ in Blumenthal 15. 4. – 13.6.2015



Beirat Blumenthal
20. April 2015



Uli Pollkläsener, Projektleiter Bau energiekonsens

energiekonsens

„Klima schützen – Zukunft sichern“



TATEN STATT WARTEN:
BREMER MODERNISIEREN



- gemeinnützige Klimaschutz- und Energieagentur im Land Bremen
- Seit 1997 über 450 Projekte realisiert
- Ansprechpartner für Kommune, Unternehmen und Bürger
- Gesellschafter: Freie Hansestadt Bremen; EWE ENERGIE AG, swb AG
- Initiator „Bremer Modernisieren“



Beratungsinstitutionen



TATEN STATT WARTEN:
BREMER MODERNISIEREN



Haus & Grund®
Eigentümerschutz-Gemeinschaft

Bremer
Um.welt
Beratung

swb



bauraum
Ausstellungszentrum
Modernisieren
und Energiesparen

Bremer Modernisieren

Beratungsportfolio mit unterschiedlichen Beratungstiefen:

<p>Information Veranstaltungen Beratungsstellen kostenlos (Bauamt Bremen-Nord)</p>	<p>Erstberatung <i>Gebäude-Check</i> 25,- €</p>	<p>Detailberatung <i>Heizungsvisite</i> 25,- € <i>Solarberatung</i> kostenlos</p>	<p>Gebäudeenergie-Beratung Ca. 1200 – 1.400,- € bzw. nach Aufwand Förderung : 800,- € BAFA 125,- € energie-konsens</p>	<p>Baube-gleitung <i>Energieberater</i> <i>KfW-Förderung</i> <i>50 % der Kosten</i> <i>bis 4.000,- €</i></p>
--	--	--	---	---

Weiterempfehlungen bei Beratungen:

Energie Experten (Qualitätsnetzwerk mit ca. 70 Energieberatern, Planern, Architekten und Handwerksbetrieben)



ENERGIE EXPERTEN
Partner von energie-konsens



BREMER ALTBAUTAGE
Forum energiesparendes Bauen + Modernisieren



TATEN STATT WARTEN:
BREMER MODERNISIEREN

Taten statt Warten!

Stadtteilkampagne in Blumenthal

13. April bis 15. Juni 2015



Ein Angebot der Klimaschutzagentur energiekonsens im Rahmen von „Bremer Modernisieren“

Stadtteilkampagne in Blumenthal
vom 15. April bis 13. Juni 2015

Taten statt Warten!

Starten Sie jetzt Ihre Hausmodernisierung
mit dem Gebäude-Check.

- Informativ.
- Professionell.
- Neutral.

BREMER MODERNISIEREN
Mehrwert für Ihren Altbau



- Sanierungsrate in Bremen ca. 1 - 1,5%
- ca. 90.000 Ein- und Zweifamilienhäuser in Bremen
ca. 6.500 in Blumenthal
- Steigende Energiekosten
- Wenig Wissen zu Fördermöglichkeiten
- Für Hausbesitzer unübersichtliche Angebotsvielfalt
- Ziel:
40% CO₂-Minderung bis 2020
- Klimaschutz erfordert starke Energieeinsparungen
im Gebäudebestand



**Modernisierung eines
Einfamilienhauses in Blumenthal
zum KfW-Effizienzhaus 115,
Baujahr 1910,
75 % Energiekosteneinsparung.**



- **Sanierungsrate deutlich erhöhen**
– Blumenthal zeigt, wie es geht!
- **Gebäudeenergie-Checks als erster Schritt**
- Für Erhöhung der Sanierungsrate müssten
bei Sanierungsrate von 2%: 130 Häuser
bei Sanierungsrate von 3%: 195 Häuser

pro Jahr in Blumenthal energetisch
modernisiert werden



Bisherige Erfolge

- **Stadtteilkampagne Vegesack**
Herbst 2015, ca. 50 Beratungen
- **Stadtteilkampagne Hemelingen**
Frühjahr 2014, ca. 70 Beratungen
- **Stadtteilkampagne Schwachhausen, Horn-Lehe, Borgfeld**
Herbst 2012, ca. 230 Beratungen
- **Stadtteilkampagne Mitte, Östl. Vorstadt**
Frühjahr 2012, ca. 180 Beratungen
- **Stadtgebietskampagne Links der Weser**
Bremen-Neustadt, Woltmershausen, Obervieland
September - November 2011, ca. 190 Beratungen
- **Stadtgebietskampagne Bremen-Nord**
März - Mai 2011, ca. 180 Beratungen
- **Stadtteilkampagne Findorff/Walle**
Herbst 2010, ca. 90 Beratungen



**TATEN STATT WARTEN:
BREMER MODERNISIEREN**



Heizkosten auf 800 Euro senken

Als einer der ersten in Bremen-Nord hat Eric Pfüller sein Haus einem Energie-Check unterzogen

VON
SONJA NIEMANN

50 Eigenheimbesitzer haben seit Mitte März in Bremen-Nord einen Termin zum Energie-Check gemacht. Einer von ihnen war Eric Pfüller. In seinem Haus herrscht dringender Sanierungsbedarf.

AUMUND 2004 hatten Eric und Marion Pfüller das 130 Quadratmeter große Einfamilienhaus in Aumund gekauft. Schritt für Schritt haben sie schon die Innerräume renoviert. Jetzt hat das Ehepaar das Angebot von „energiekonsens im Rahmen der Kampagne „Bremer modernisieren“ genutzt und für das 50 Jahre alte Haus einen Energie-Check machen lassen.

Das Ergebnis, zu dem Energieberater und Architekt Dr. Wolfgang Lipp kommt, ist eindeutig: „Für Haus verbraucht viel zu viel Energie. Sanierungsmaßnahmen empfehlen sich dringend“, musste er dem jungen Ehepaar mitteilen. Möglichkeiten, den Energieverbrauch zu senken, gibt es in dem Haus genügend. Das Dach sollte gedämmt werden, laut Wolfgang Lipp am besten sogar von außen. Das sei zwar einerseits kostspieliger, andererseits sei eine Modernisierung des 50 Jahre alten Daches

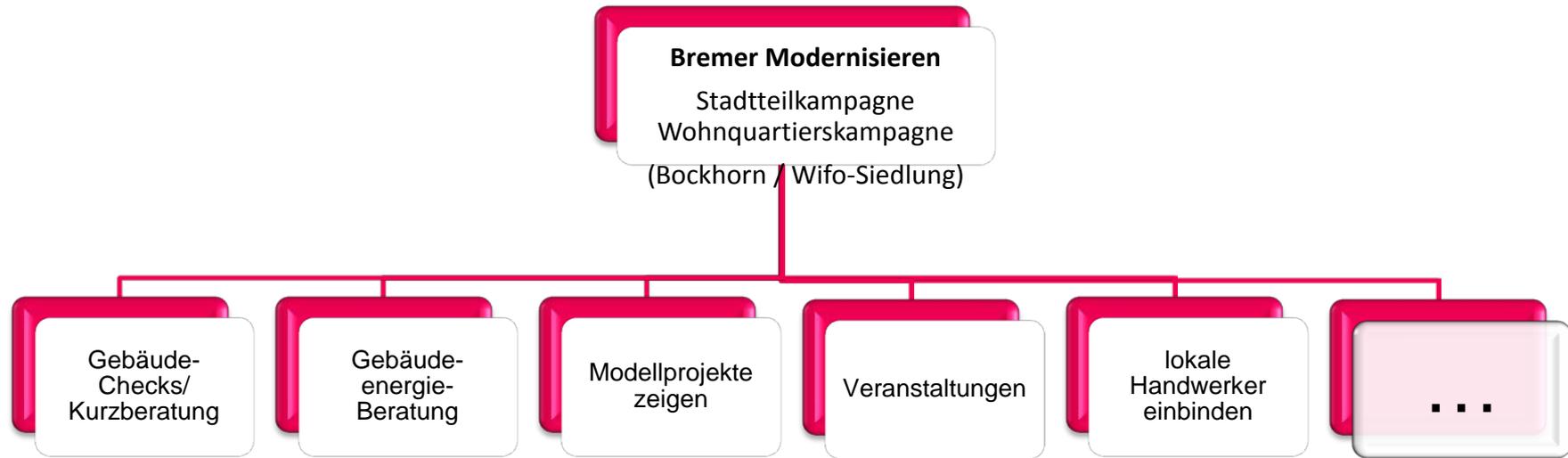


Der freie Architekt und Energieberater Dr. Wolfgang Lipp (l.) rät Eric Pfüller, die 17 Jahre alte Niedertemperaturheizung durch eine CO₂-neutrale Pellet-Heizung zu ersetzen. Foto: Niemann

schon bald notwendig. Die 17 Jahre alte Heizung könnte ausgetauscht werden – vorzugsweise mit einer CO₂-neutralen Pellet-Variante. Dann allerdings müsste Platz für den Brennstoff, die Pellets, geschaffen werden. Das Duschwasser wird im Hause Pfüller noch mit Strom erhitzt – eine teure Angelegenheit. Lipp rät dazu, die Durchlauferhitzer abzuschaffen. ▲

Zurzeit zahlen die Pfüllers jährlich 3.800 Euro für Strom, Wasser und Gas. Auf 800 Euro pro Jahr könnten sie ihre Heizkosten senken, wenn sie ihr Haus auf Neubaustand bringen. Um die 75.000 Euro müsste das Ehepaar dafür investieren. Immerhin: Bis zu 7.000 Euro aus verschiedenen Förderpöfeln könnten sie zur Unterstützung erhalten, auch darüber berät Wolfgang Lipp.

Die Aktion „Bremer modernisieren“ läuft noch bis Ende Mai. Nähere Informationen: unter www.bremer-modernisieren.de. Außerdem gibt es einen Infoabend in der Sparkassen-Filiale Gerhard-Hofhofs-SträÙe. Interessierte können dort Einzelfragen zur energieweisen Sanierung stellen und Broschüren erhalten. Vom 15. bis 17. April ist die Kampagne auch auf der Bremervertreten.



Angebote

- Unter dem Dach der Initiative „BREMER MODERNISIEREN“ bieten fachkundige Institutionen persönliche Beratung, Veranstaltungen und Ausstellungen
- Die Stadtteilkampagne ist ein Angebot der Klimaschutzagentur energiekonsens im Rahmen von „BREMER MODERNISIEREN“
- Auslage der Flyer an ausgesuchten Auslagenstellen mit Informationen zum Gebäudecheck, Beratungen und Veranstaltungen
- Info-Hotline Di. – Do. 10 – 16 Uhr, Tel.: (0421) 83 58 88- 22
- Internet-Portal mit Termintool: www.bremer-modernisieren.de



TATEN STATT WARTEN:
BREMER MODERNISIEREN



Stadtteilkampagne in Blumenthal
vom 15. April bis 13. Juni 2015

Taten statt Warten!

Starten Sie jetzt Ihre Hausmodernisierung
mit dem Gebäudecheck für 25 Euro!

Montag, 27. April, 19 Uhr
Aula Schulzentrum Eggesteder Str. 20, 28779 Bremen
Vortrag: Ihr Start in die Hausmodernisierung

Montag, 11. Mai, 19 Uhr
Gemeindesaal der Ev.-luth. Kirchengemeinde Bockhorn,
Himmelskamp 21, 28779 Bremen
Hausmodernisierung in Bockhorn
Vortrag: Energie sparen – Baukultur bewahren

Mittwoch, 27. Mai, 19 Uhr
Treff: DOKU Blumenthal, Heidbleek 10, 28779 Bremen
Hausmodernisierung in Blumenthal
Spaziergang durch die Wifo-Siedlung

Anmeldung:
Telefon: 0421 - 835 888 22 (Di – Do, 10 – 16 Uhr)
oder unter www.bremer-modernisieren.de

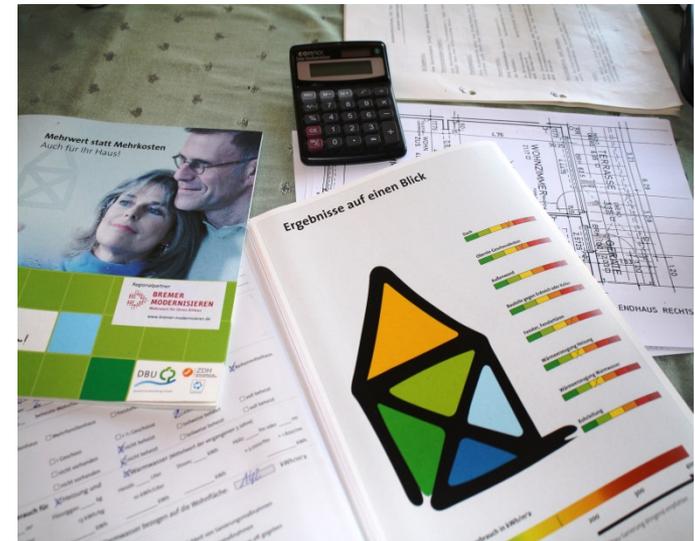
BREMER MODERNISIEREN
Mehrwert für Ihren Altbau

Informativ.
 Professionell.
 Neutral.

Gefördert durch:
Ortsamt Blumenthal
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Freie Hansestadt Bremen



- einfachen Einstieg in energetische Sanierung bieten; Einspar-Potenziale aufzeigen
- Günstige Kurz-Energie-Checks bei Hausbesitzern vor Ort mit einer Eigenbeteiligung von 25,- €
- Ausführende: Energieberater, Handwerker, Planer, Architekten
- **Weniger Kosten – mehr Komfort**
- Förderung der Vor-Ort-Checks durch energiekonsens (75,- € = 25,- € Eigenanteil, 50,- € Förderung energiekonsens)



Der Gebäudeenergie-Check findet in Kooperation mit der Kampagne »Haus sanieren – profitieren« der Deutschen Bundesstiftung Umwelt statt.

- Modernisierungsfahrplan
- Gut 1.800 Beratungen seit März 2006 gefördert
- Kosten: *ca. 1.200 – 1.400 € nach Aufwand*

BAFA-Förderung bis 60 % der Kosten (ab März 2015):

höchstens 800 € bei Ein- und Zweifamilienhäusern,

höchstens 1.100 € bei mind. drei Wohneinheiten

Zusätzliche Förderung: **125 €** von energiekonsens





- Laufzeit der Kampagne:
13. April bis 15. Juni 2015
- **Kostenlose, neutrale Beratungen zur Hausmodernisierung**
Donnerstags 15 bis 18 Uhr im Bauamt Bremen-Nord
Gerhard-Rohlf's-Straße 62 · 28757 Bremen
Anmeldung: Tel. 0421 361-18 666 oder bremo@bbn.bremen.de
- Vorträge
 - **Mo., 27. April: Ihr Start in die Hausmodernisierung**, Aula Schulzentrum Eggestedter Str. 20 , 28779 Bremen, **19 Uhr**
 - **Mo., 11. Mai: Energie sparen - Baukultur bewahren: Hausmodernisierung in Bockhorn**
Gemeindesaal der Ev.-luth. Kirchengemeinde Bockhorn, Himmelskamp 21, 28779 Bremen, **19 Uhr**
 - **Mi., 27. Mai: Hausmodernisierung in Blumenthal: Spaziergang durch die Wifo-Siedlung**
Treffpunkt: DOKU Blumenthal, Heidbleek 10, 28779 Bremen, **19 Uhr**





Lassen Sie sich beraten!

- Heizkosten sparen
- Wohnkomfort verbessern
- Werterhalt sichern
- Klima schützen

energiekonsens – die Klimaschützer

Ulrich Polkläsener
Projektleiter Bau

Am Wall 172/173
28195 Bremen

T. 0421 / 37 66 71 – 59
pollklaesener@energiekonsens.de

www.energiekonsens.de



Unterbringung von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen in Bremen

Beiratssitzung Blumenthal am 20.04.2015

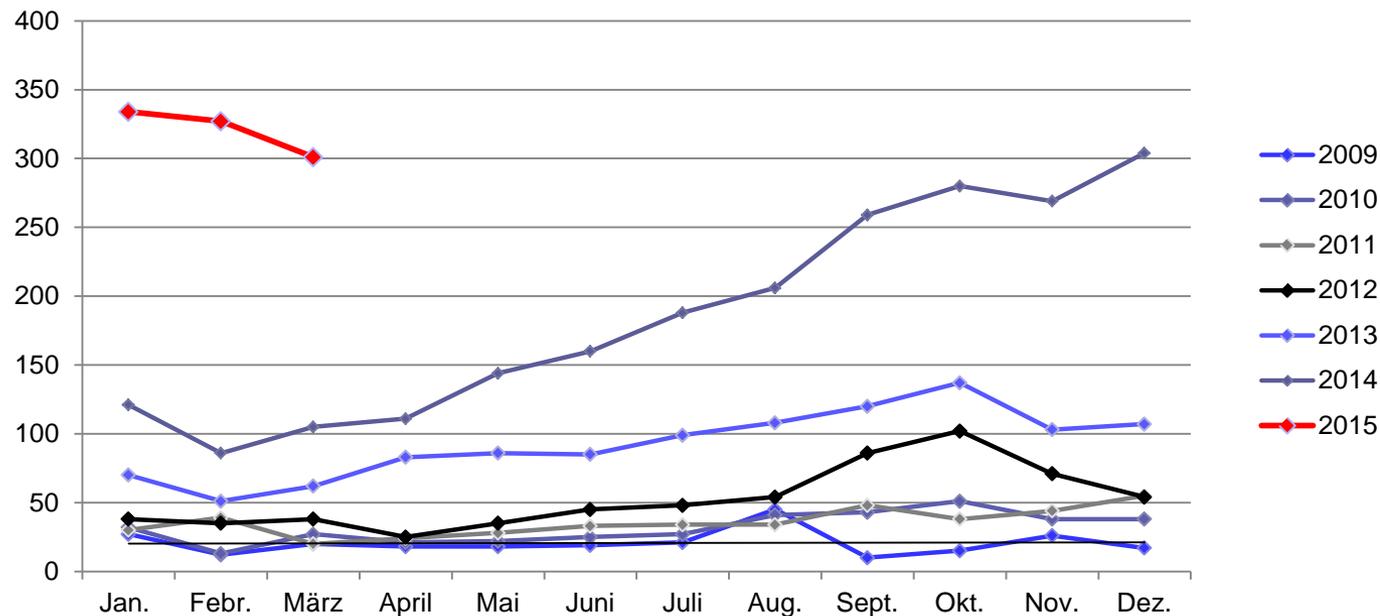
Die Senatorin für Soziales,
Kinder, Jugend und Frauen



Freie
Hansestadt
Bremen

Asylbewerber/innen in Bremen

Bundesweite Zuweisung nach dem EASY Verwaltungsverfahren, soweit in der EAE aufgenommen



Gesamtaufnahme nach EASY:
Prognose nach EASY:

2.233 Personen im Jahr 2014
3.000 Personen im Jahr 2015

Verteilung in Deutschland



- Verteilung erfolgt nach **Königsteiner Schlüssel**.
- Bremen nimmt **0,96 Prozent** aller Flüchtlinge auf.
- Aufteilung nach Landesaufnahmegesetz:
Bremen: 80%
Bremerhaven: 20%

Verteilungsquoten nach dem Königsteiner-Schlüssel für die Anwendung im Jahr 2014



© Vermessungsverwaltungen der Länder und BKG 2011, eigene Bearbeitung
Kartographie und Layout: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Referat 222

Integration mit Wohnung hat Vorrang

- Vorrang hat in Bremen die Unterbringung in **Wohnungen (Mietverträge)**. Es gibt in allen Übergangwohnheimen **Wohnberater/innen**. Wichtig ist die Kooperation mit der Gewoba.
- **Vermittlung in Wohnungen** wurden deutlich gesteigert:
 - 2012: 263 Vermittlungen
 - 2013: 418 Vermittlungen
 - 2014: 966 Vermittlungen
- **Projekt „Ambulante Betreuung“**
ab Februar 2015



Wohnheime in Umsetzung

- Findorff 100 Plätze
- Huchting 100 Plätze
- Schwachhausen 70 Plätze
- Neustadt 200 Plätze
- Mitte 240 Plätze
- Blumenthal 120 Plätze
- Hemelingen 290 Plätze
- Vegesack 60 Plätze
- Walle 180 Plätze
- Oberneuland 120 Plätze
- **Gesamt neu 1.480 Plätze**



Notmaßnahmen aktuell

- Jugendherberge Zeven 100 Plätze
- Messehallen 150 Plätze
- Eishalle 150 Plätze
- Messehalle 150 Plätze
- Hartmannstift
- Reepschläger Str. 100 Plätze



Notplätze Reepschläger Straße



Notunterkunft Reepschläger Straße

- Notunterkunft vorerst in der Turnhalle und im Neubau II
- Essenanlieferung
- Ca. 85 Plätze
- Container für Nebenräume und Sanitäreinrichtungen
- Ab Herbst Nutzung der Schule möglich / ca. 100 Plätze
- Turnhalle steht Sport zur Verfügung.

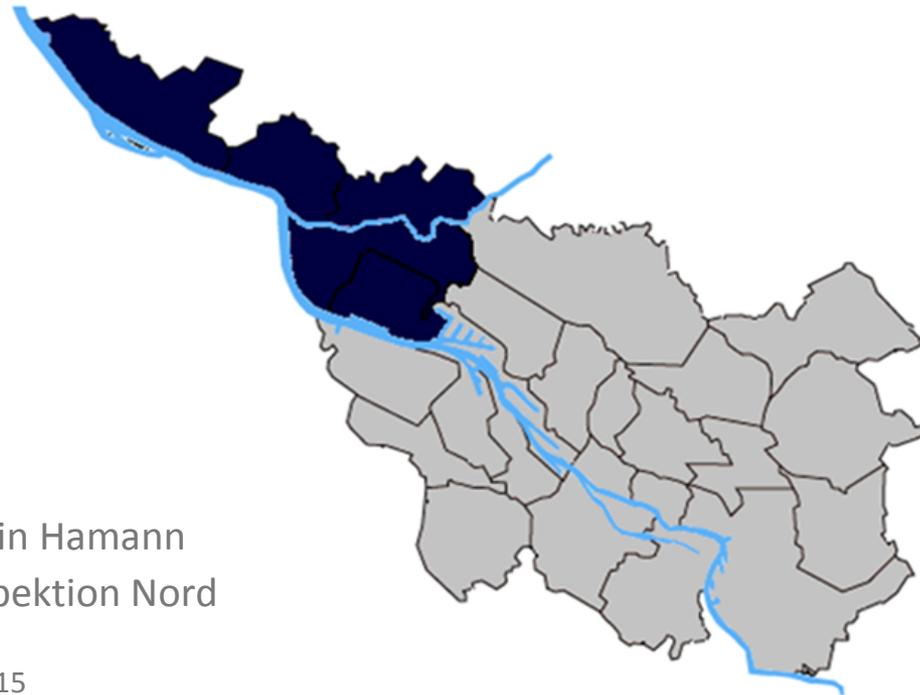




2014

Polizeiliche Kriminalstatistik

Entwicklung und Bewertung der Kriminalität in Bremen-Nord



Polizeiberrat Kevin Hamann
Leiter der Polizeiinspektion Nord

18. März 2015



Ein Blick auf die Polizeiinspektion Nord und die wesentlichen Trends

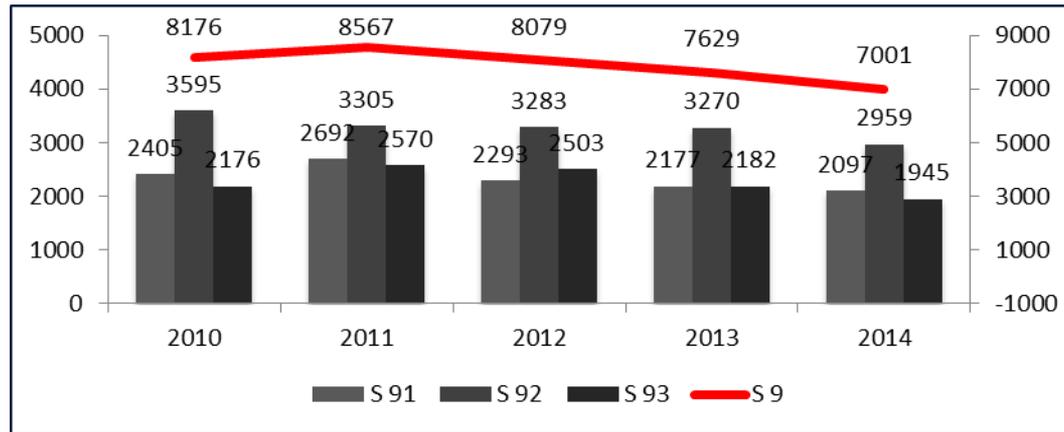
In der Polizeiinspektion Nord

- hatten im Referenzzeitraum 95.989 Bürgerinnen und Bürger ihren Wohnsitz genommen.
- wurden im Jahr 2014 insgesamt 7.001 Strafanzeigen polizeilich registriert. Das ist ein Rückgang um 628 Straftaten gegenüber 2013 (-8,2 %) und stellt den Tiefstand im 5-Jahresvergleich dar.
- lag die Aufklärungsquote (AQ) bei 46,3 %. Das ist eine Verringerung um 5,9 % im Vergleich zum Vorjahr. Im Vergleich zur Stadtgemeinde (45,3 %) liegt die AQ der Polizeiinspektion Nord um 1,0 % höher.
- lag die durchschnittliche Kriminalitätsbelastung in Bezug auf die Wohnbevölkerung (KHZ) mit 7.294 unter der durchschnittlichen Belastung der gesamten Stadtgemeinde (12.903) und damit auf dem niedrigsten Niveau der letzten 5 Jahre.

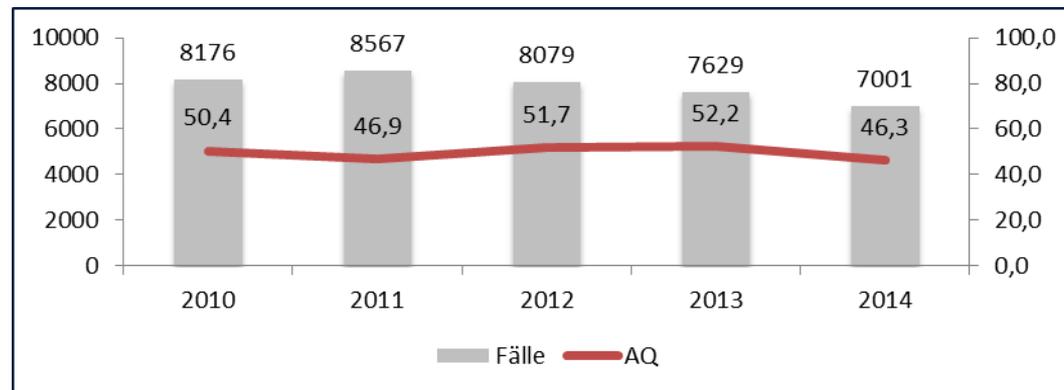


Straftaten insgesamt

Anzahl der Fälle im Mehrjahresvergleich mit Anteilen der Reviere:



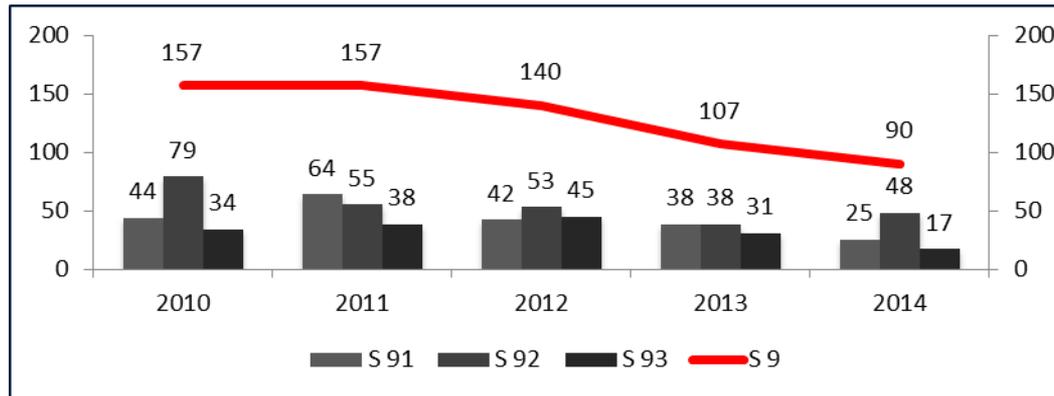
Anzahl der Fälle und Aufklärungsquote im Mehrjahresvergleich:



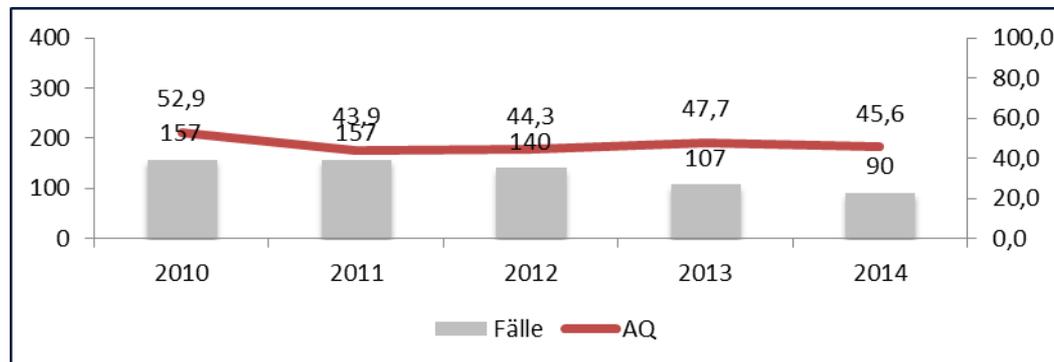


Raub gesamt

Anzahl der Fälle im Mehrjahresvergleich mit Anteilen der Reviere:



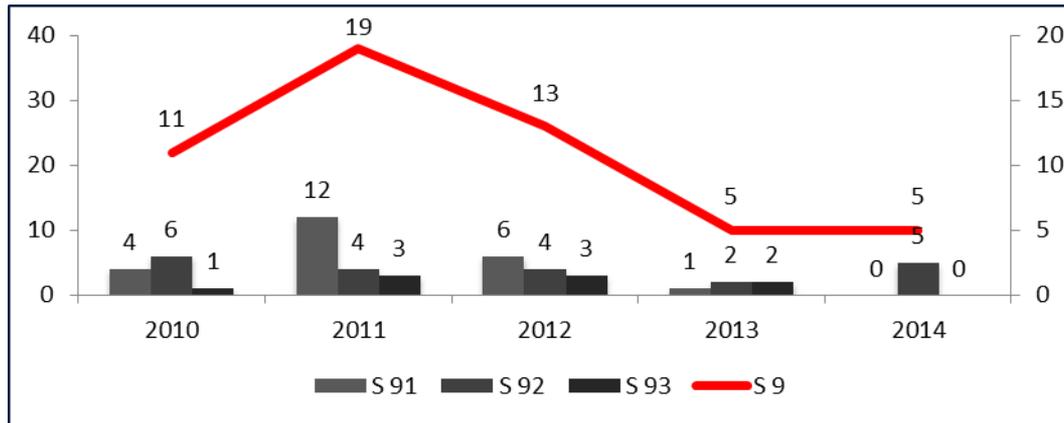
Anzahl der Fälle und Aufklärungsquote im Mehrjahresvergleich:



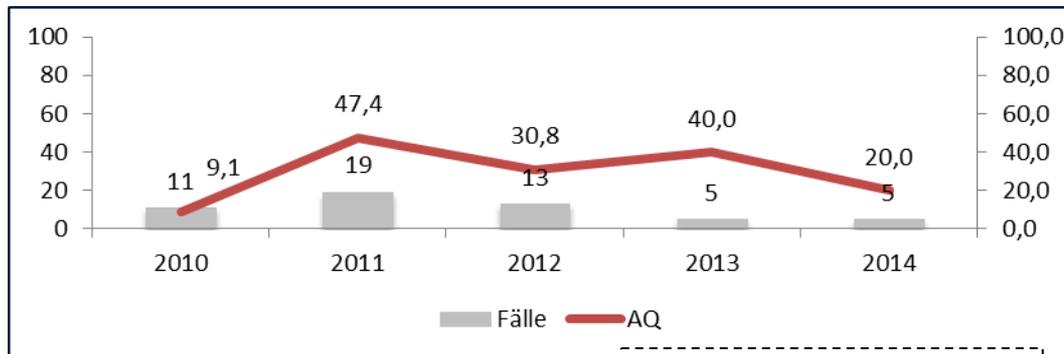


Handtaschenraub

Anzahl der Fälle im Mehrjahresvergleich mit Anteilen der Reviere:



Anzahl der Fälle und Aufklärungsquote im Mehrjahresvergleich:

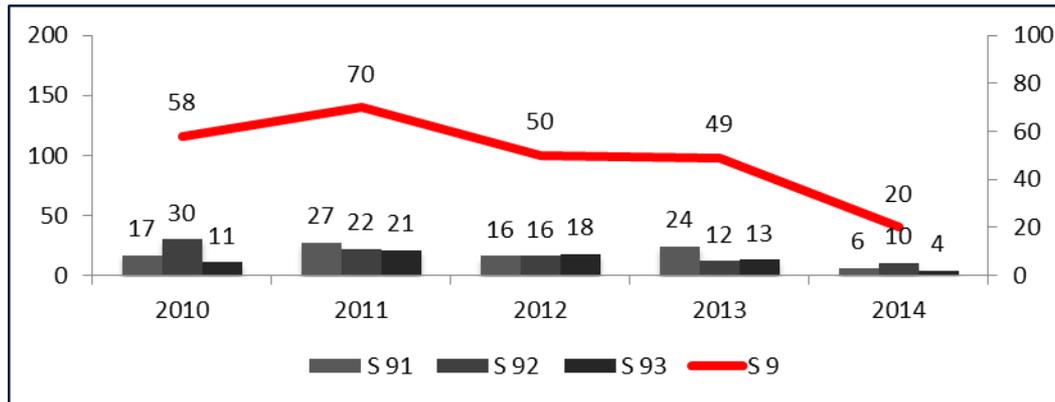


15.03.2015 – 18.03.2015

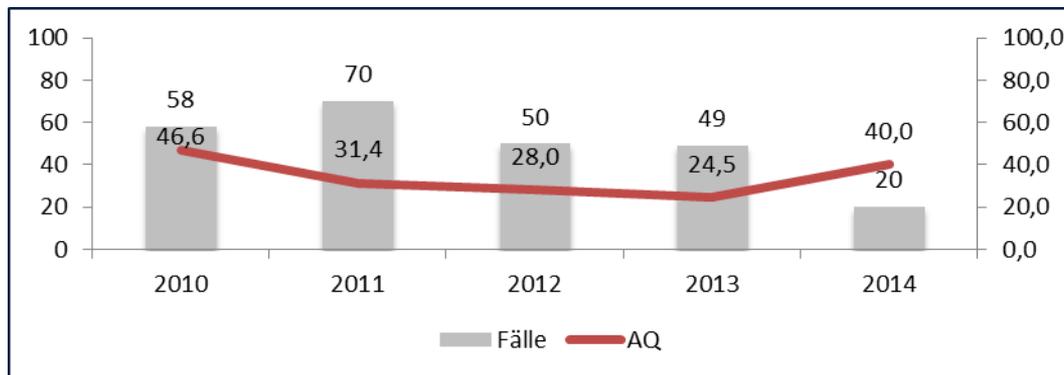


Sonstige Raubüberfälle auf Straßen, Wegen und Plätzen

Anzahl der Fälle im Mehrjahresvergleich mit Anteilen der Reviere:



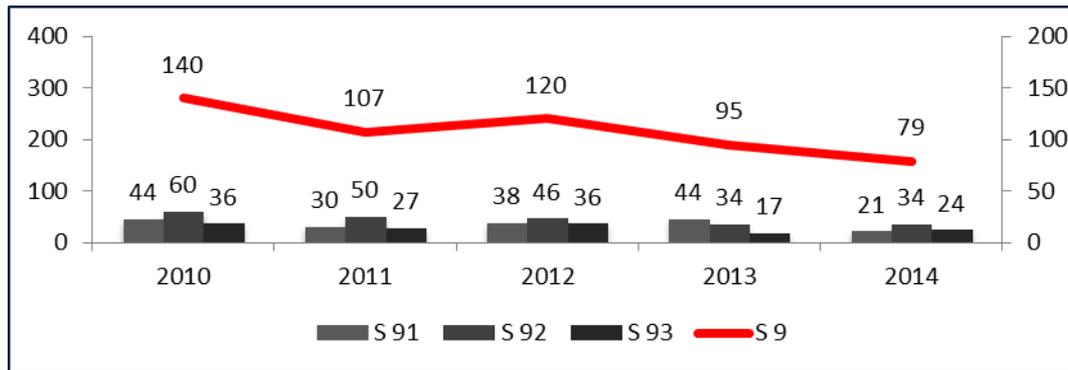
Anzahl der Fälle und Aufklärungsquote im Mehrjahresvergleich:



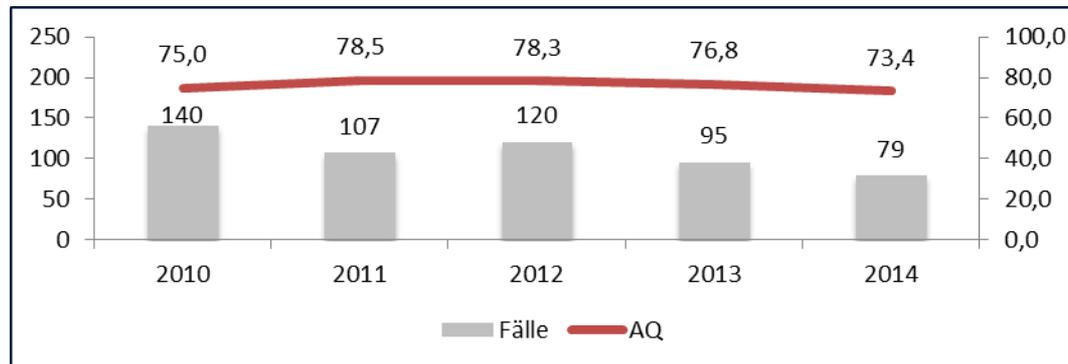


Gefährliche Körperverletzung auf Straßen, Wegen und Plätzen

Anzahl der Fälle im Mehrjahresvergleich mit Anteilen der Reviere:



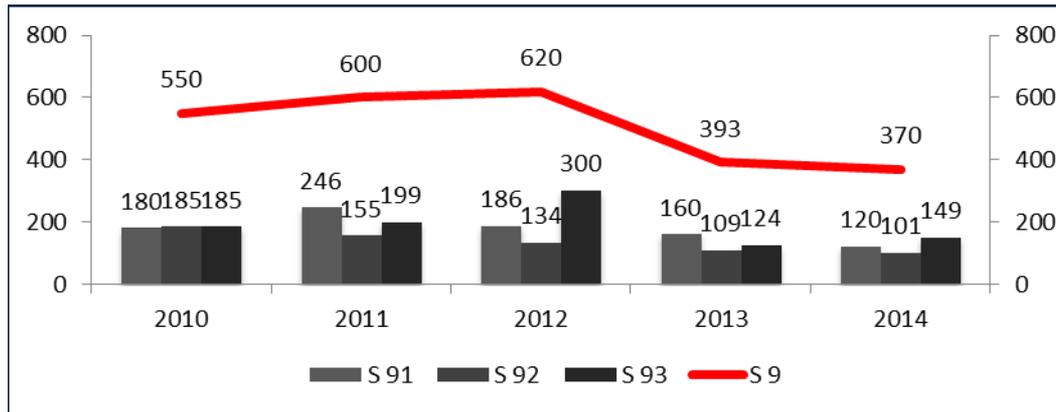
Anzahl der Fälle und Aufklärungsquote im Mehrjahresvergleich:



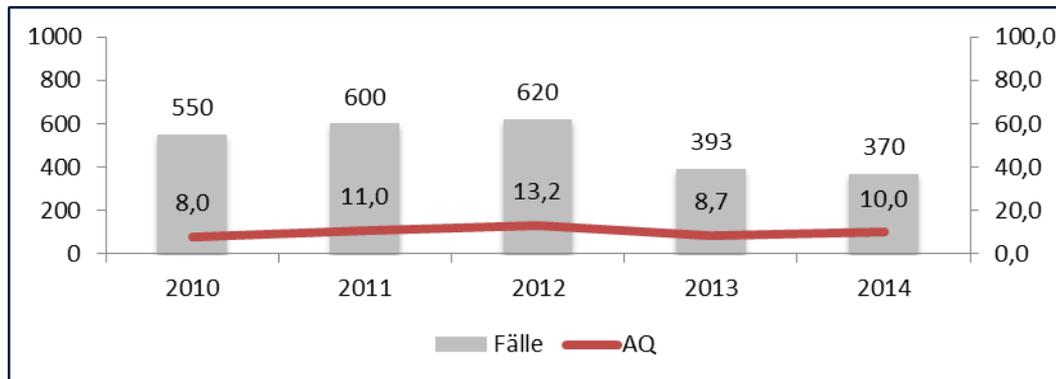


Wohnungseinbruchdiebstahl

Anzahl der Fälle im Mehrjahresvergleich mit Anteilen der Reviere:

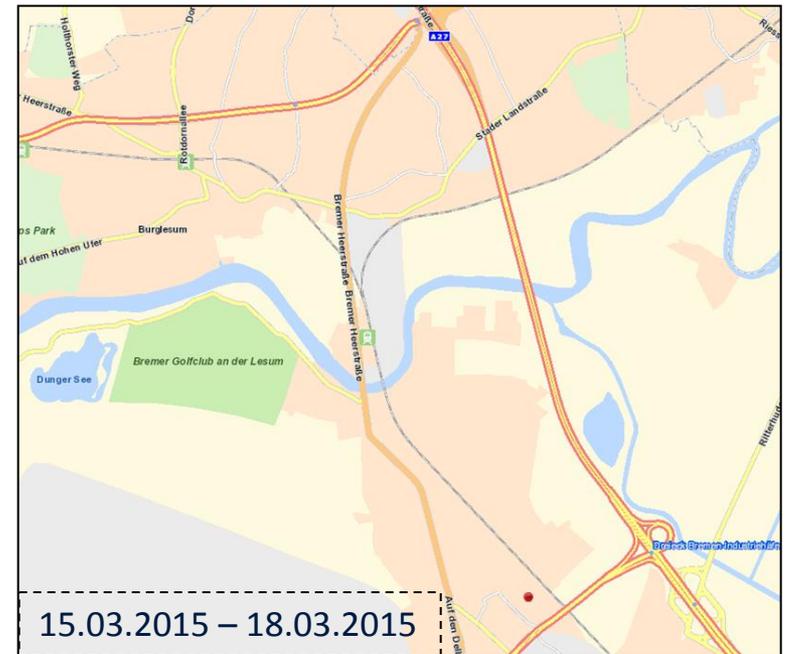
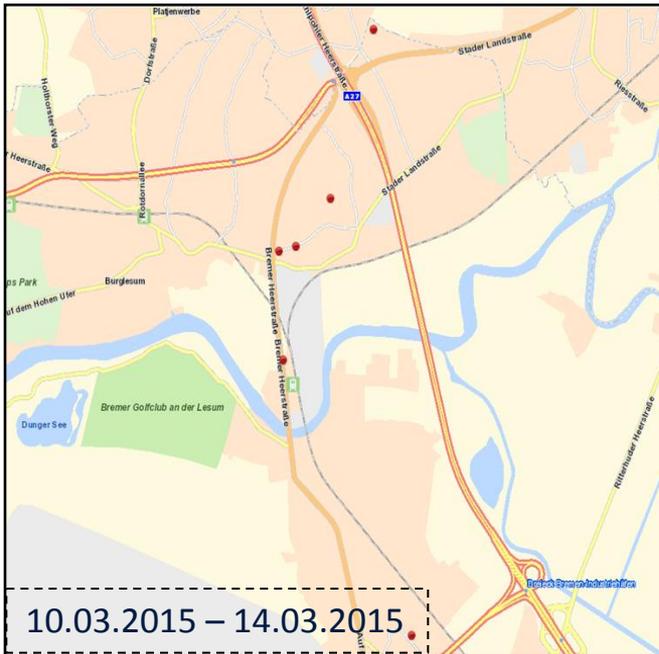


Anzahl der Fälle und Aufklärungsquote im Mehrjahresvergleich:





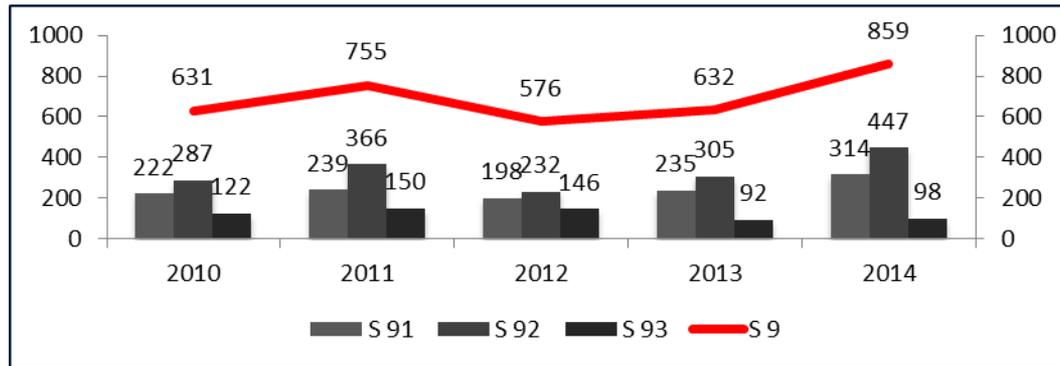
Wohnungseinbruchdiebstahl



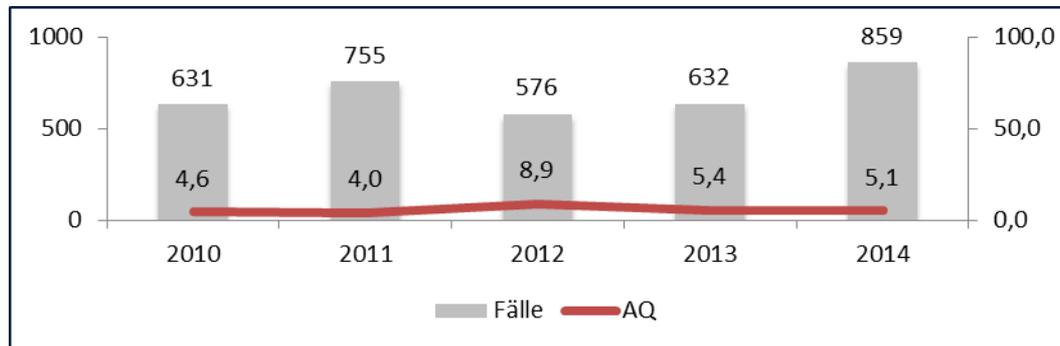


Fahrraddiebstahl

Anzahl der Fälle im Mehrjahresvergleich mit Anteilen der Reviere:



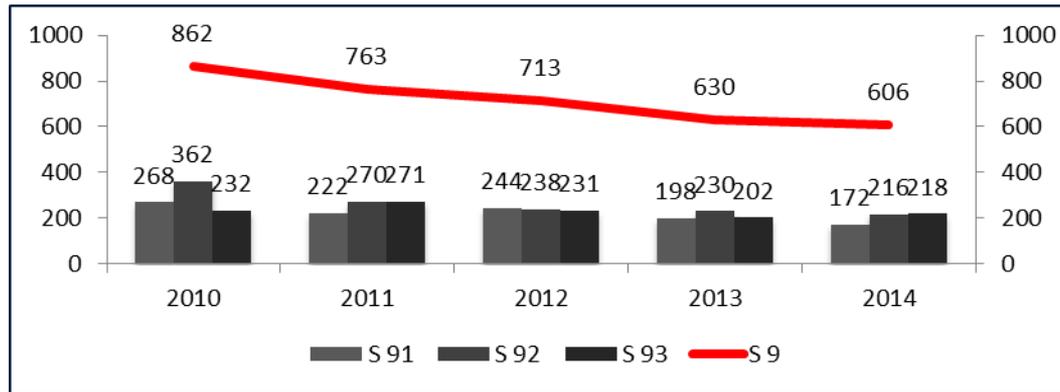
Anzahl der Fälle und Aufklärungsquote im Mehrjahresvergleich:



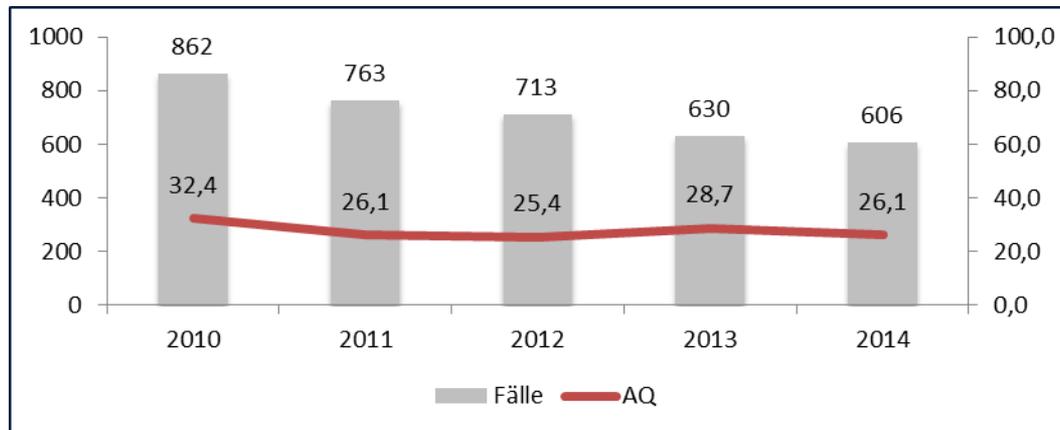


Sachbeschädigung

Anzahl der Fälle im Mehrjahresvergleich mit Anteilen der Reviere:



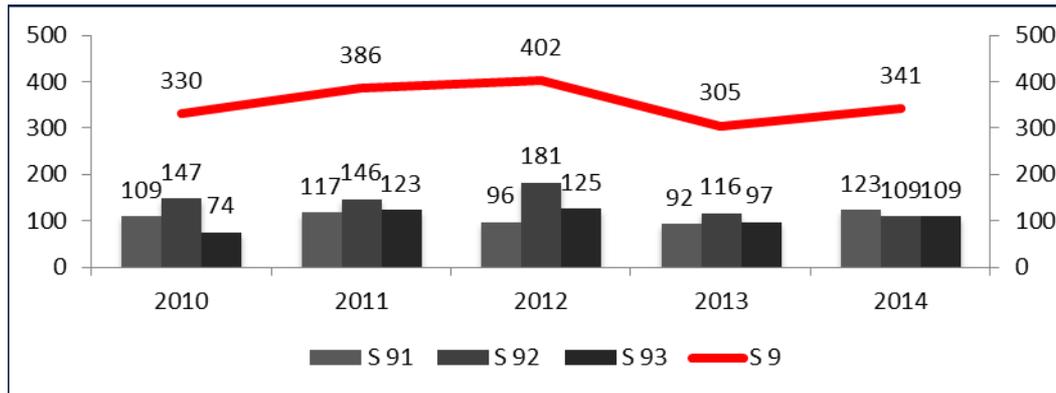
Anzahl der Fälle und Aufklärungsquote im Mehrjahresvergleich:



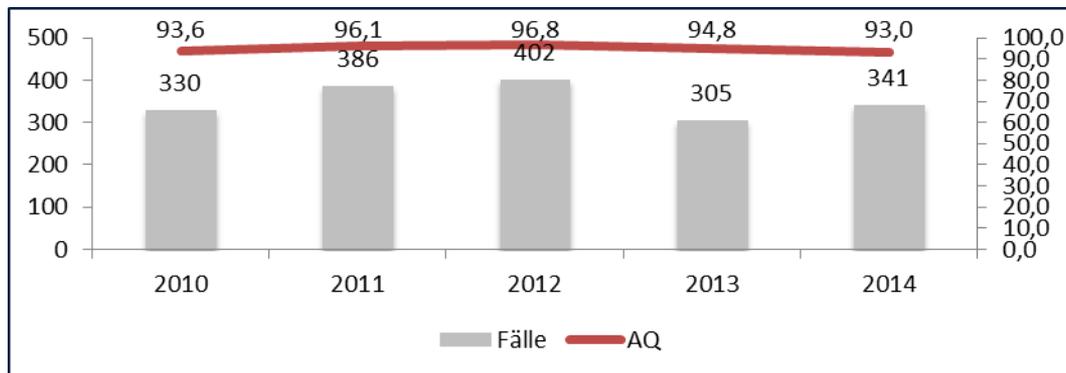


Rauschgiftdelikte - Betäubungsmittelgesetz

Anzahl der Fälle im Mehrjahresvergleich mit Anteilen der Reviere:



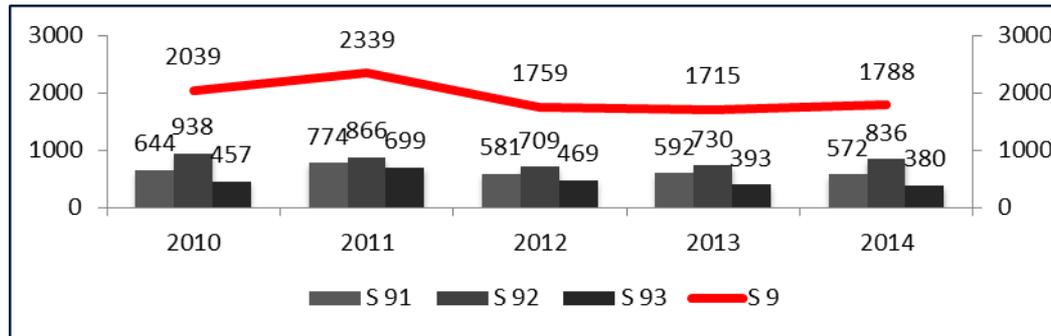
Anzahl der Fälle und Aufklärungsquote im Mehrjahresvergleich:



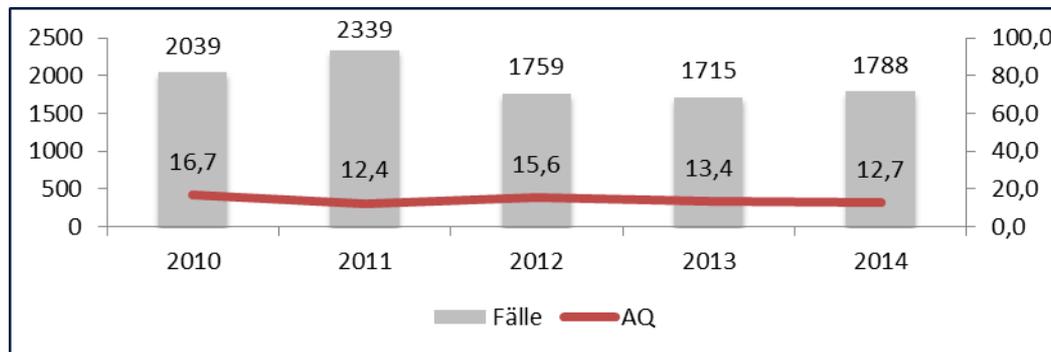


Straßenkriminalität

Anzahl der Fälle im Mehrjahresvergleich mit Anteilen der Reviere:



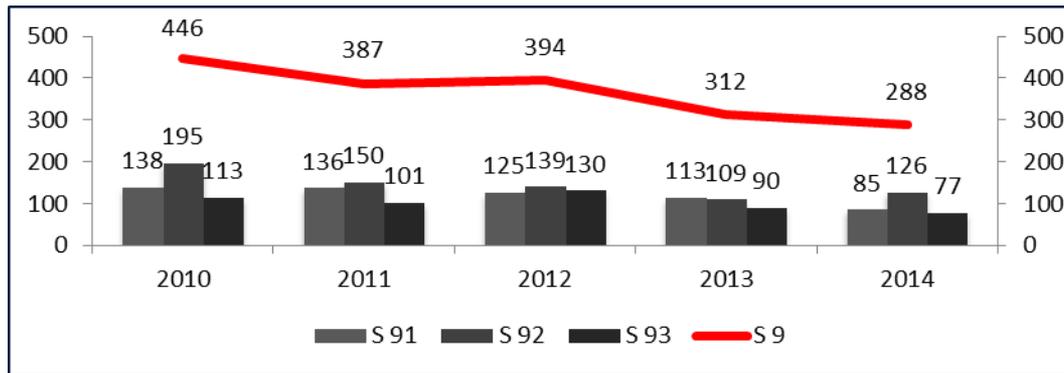
Anzahl der Fälle und Aufklärungsquote im Mehrjahresvergleich:



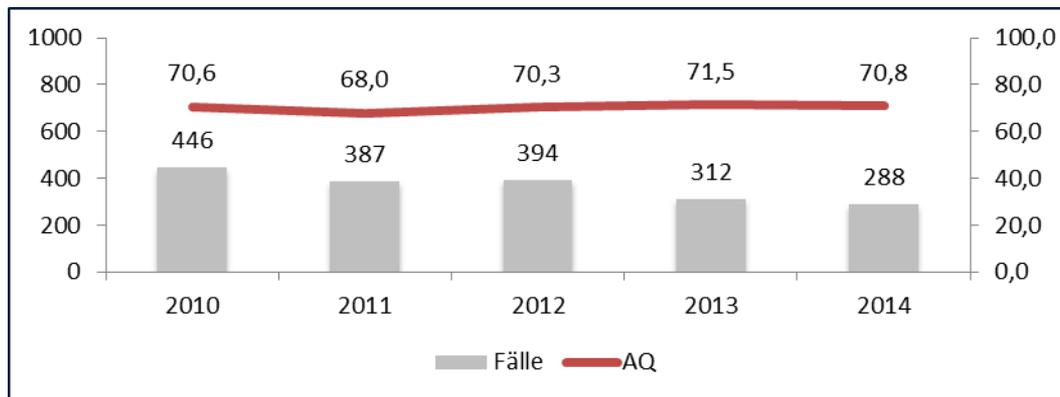


Gewaltkriminalität

Anzahl der Fälle im Mehrjahresvergleich mit Anteilen der Reviere:



Anzahl der Fälle und Aufklärungsquote im Mehrjahresvergleich:





Vielen Dank!

Polizeiliche Kriminalstatistik 2014

Entwicklung und Bewertung der Kriminalität in Bremen-Nord

Kevin Hamann, Polizeioberrat

Freie Hansestadt Bremen

Polizei Bremen

Direktion Schutzpolizei

Polizeiinspektion Nord/S 9

Kirchheide 51, 28757 Bremen

Tel.: +49 421 362-79010; Fax: +49 421 496-79009

E-Mail: kevin.hamann@polizei.bremen.de

Internet: www.polizei.bremen.de

18. März 2015